

"Weil keiner seinesgleichen ausplündern, unterjochen oder töten kann, ohne ein Verbrechen zu begehen, erheben sie es zum Prinzip, daß der Kolonisierte kein Mensch ist.... Die koloniale Gewalt hat nicht nur den Zweck, diesen unterdrückten Menschen Respekt einzujagen, sie versucht sie zu entmenschlichen."

Jean-Paul Sartre, Kolonialismus und Neokolonialismus

"Im Grunde genommen ist das Wesen aller Kolonialpolitik die Ausbeutung einer fremden Bevölkerung in der höchsten Potenz. Wo immer wir die Geschichte der Kolonialpolitik in den letzten drei Jahrzehnten aufschlagen, überall begegnen wir Gewalttätigkeiten und der Unterdrückung der betreffenden Völkerschaften, die nicht selten schließlich mit deren vollständigen Ausrottung endet. Und das treibende Motiv ist immer, Geld, Gold und wieder nur Gold zu erwerben. Und um die Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung im vollen Umfange und möglichst ungestört betreiben zu können, sollen aus den Taschen des Reiches, aus den Taschen der Steuerzahler Millionen verwendet werden, soll die Ostafrikanische Gesellschaft mit den Mitteln des Reiches unterstützt werden, damit ihr das Ausbeutergeschäft gesichert wird."

August Bebel, SPD-Politiker, Reichstagsabgeordneter, 1889

--

„Meine Herren, dass Kolonialpolitik betrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik zu treiben kann unter Umständen eine Kulturtat sein; es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik betrieben wird. Es ist ein großer Unterschied wie Kolonialpolitik sein soll, und wie sie ist. Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völkerschaften, wie es z.B. die europäischen Nationen und die nordamerikanische sind, zu fremden Völkern als Befreier, als Freunde und Bildner, als Helfer in der Not, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation zu überbringen, um sie zu Kulturmenschen zu erziehen, geschieht das in dieser edlen Absicht und in der richtigen Weise, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als große Kulturmission zu unterstützen bereit sind.“

August Bebel, SPD-Politiker, Reichstagsabgeordneter

„Die Welt entdecken und Gutes tun“ – lautet der Werbeslogan einer großen Reiseagentur. Neben dem Around-the-World-Ticket kann man dort ein paar Wochen Freiwilligenarbeit in einem so genannten Entwicklungsland direkt aus dem Katalog buchen. „Voluntourismus“, wie der Reisetrend heißt, verspricht eine „außergewöhnliche Erfahrung“ bei der man helfen kann, „die Lebensumstände der Bevölkerung zu verbessern“. Dieses Konzept erfreut sich immer mehr Beliebtheit quer durch die deutsche Gesellschaft. Es scheint den Nerv des Lifestyles im neo-liberalen und individualisierten Zeitalter perfekt zu treffen. Kurzfristige und profit-orientierte Modelle der Freiwilligenarbeit werfen jedoch nicht nur Fragen zu verantwortungsvollem Reisen und Kinderschutz auf, sondern laufen unter anderem Gefahr, Engagement einer Marktlogik zu unterwerfen und altbekannte Bilder wohlthätiger, weißer „Expert_innen“ zu reproduzieren. Der Vortrag nimmt eine postkolonial-inspirierte Analyse des Phänomens „Voluntourismus“ vor und gibt dabei Einblicke in Geschichte, Ausmaß, Konzepte und Problematiken des Reisetrends.

Vortrag von Benjamin Haas, Universität Köln

Du möchtest Auslandserfahrung sammeln, deinen Horizont erweitern und dich dabei sozial engagieren?

Dann bist du bei uns genau richtig!

Denn ein Freiwilligendienst im Ausland gehört mit Sicherheit zu jenen prägenden Erfahrungen, die du ein ganzes Leben lang nicht mehr vergisst. Du findest neue Freunde, lernst andere Kulturen kennen und verschaffst dir durch den Erwerb von interkultureller Kompetenz klare Vorteile.

Angebote:

- Ghana - Unterrichten an einer lokalen Schule in Ghana
 - Gesamtkosten für 4 Wochen ab: 875 ,- €
 - Gesamtkosten für jede weitere Woche: 83 ,- €
- Indien - Grundschullehrer in Indien
 - Gesamtkosten für 4 Wochen ab: 740 ,- €
 - Gesamtkosten für jede weitere Woche: 105 ,- €

welt-sicht.org

Wir haben an Hand der Reaktionen einiger Länder – ich denke da an Tansania, aber auch an die arabischen Staaten – erkennen müssen, daß das „Do-ut-des-Prinzip“* – Entwicklungshilfe im Austausch gegen die Unterstützung unseres Standpunktes – doch allzu abendländisch rational ist.

Hans-Jürgen Wischnewski Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

* lateinisch „do ut des“: ‚Ich gebe, damit du gibst.‘

Das Wort Entwicklungs“hilfe“ mag ich nicht. Es teilt die Welt in Helfer und Hilfsbedürftige. Gegen solches Denken hat einer der berühmten Heidelberger Ökonomen treffend eingewandt: „Brauchst du eine hilfreiche Hand - so suche sie zunächst am Ende deines rechten Armes!“ In der Entwicklungszusammenarbeit der Vergangenheit wurde den Hilfesuchenden rechten oder linken Händen zu viel Handaufhalten und zu wenig Tatkraft zugetraut. Wir können aber kein Land von außen entwickeln. Wir können Unterstützung zur Selbsthilfe geben. **Ich interpretiere das Z im Namen des BMZ darum, wie es von Anfang an gemeint war: wirtschaftliche Zusammenarbeit**, nicht wiederholte Zuzahlung. Die Richtungsangabe lautet: Weg vom betreuten Sozialfall, hin zum aktiven Bürger. Ich freue mich, dass Sie sich für Entwicklungszusammenarbeit interessieren. Herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung. Da Sie alle ja in einem Jubeljahr stehen, merke ich an: Sicherlich spricht erstmals seit 625 Jahren hier ein Entwicklungsminister, bei dem viele im Saal vor allem eines denken: Wollte er nicht das BMZ abschaffen? Was macht der hier? Warum macht der Entwicklungspolitik? Ich freue mich, dass wir dazu heute ins Gespräch kommen können. Dafür will ich jetzt Stoff liefern. **Entwicklungspolitik als globale Strukturpolitik** – das ist mein Thema. Meine politische Interpretation von BMZ ist so gesehen BM Zukunft, wie das hier vorne professionell signalisiert ist. Wer allerdings das Bild der Entwicklungspolitik als Zukunftspolitik erkennen will, der muss zunächst einige alte Bilderschichten und Sichtweisen abtragen. Da ist zum Beispiel die Sichtweise: Entwicklungspolitik ist etwas, das findet weit weg statt, eher in bekannten Metropolen und armen Ländern als bei uns.

Dirk Niebel, 2011 an der Universität Heidelberg

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts wird in deutschen Wörterbüchern „Entwicklung“ bzw. „entwickeln“ als „sich stufenweise herausbilden“ oder „in einem Prozess fortlaufend in eine neue (bessere) Phase treten“ definiert. Der Begriff ist in unserem Sprachgebrauch eindeutig positiv konnotiert und drückt ein erstrebenswertes Ziel aus.

Untersucht man die Bedeutung des Begriffs Entwicklung im Nord-Süd-Kontext, wird allerdings klar, dass er ohne die koloniale Geschichte nicht zu denken wäre und nicht losgelöst von dem Konstrukt „Rasse“ funktioniert.

Im Zuge der „Aufklärung“ wurde „Entwicklung“ als Maßstab für menschliche Gesellschaften angewandt, wodurch es automatisch zu einer Hierarchisierung verschiedener Lebensweisen kommt. Die Einteilung und Bewertung von Gesellschaften diente dazu, koloniales Unrecht zu legitimieren.

So haben sogenannte entwickelte Gesellschaften per Definition bereits eine höhere bzw. die höchste Stufe dieses Entwicklungsprozesses erklommen. Auch heute noch liegt die Definitionsmacht über die Merkmale einer „entwickelten“ Gesellschaft im Globalen Norden. Dieser beschreibt sich jeweils mit seiner aktuellen Gesellschaftsform als überlegen und macht sich so zur globalen Norm.

„Entwicklung“, <https://weranderneinenbrunnengraebt.wordpress.com/2012/09/15/entwicklung/>

Häufig erzählen Weiße, die einen Freiwilligendienst im Globalen Süden gemacht haben, dass sie nun wüssten, wie sich Rassismus anfühlt, da sie in ihren Gastländern regelmäßig selbst Opfer von Rassismus geworden wären. Oftmals argumentieren sie dann, dass sie sich nun solidarischer zu Schwarzen Menschen verhalten wollen, da sie am eigenen Leib erfahren haben, wie schlimm es ist, rassistisch diskriminiert zu werden. Wer in der Bildungsarbeit rund um die Freiwilligendienste aktiv ist, fragt sich oft, wie am besten gegen solch ein Verständnis von Rassismus argumentiert werden kann. Hier ein Versuch:

- Rassismus ist eine Erfindung Weißer und dient dazu, Weiße zu erhöhen.
- Rassismus ist historisch gewachsen und eng mit Kolonialismus, Versklavung, Erniedrigung und Unterdrückung verwoben. Die Geschichte von Weißer Überlegenheit prägt auch heute noch sowohl die deutsche Gesellschaft als auch die globale Politik und hat Auswirkungen auf vielen Ebenen, z.B. Wirtschaft, Medien und Bewegungsfreiheit.
- Rassismus prägt unsere Sozialisation, die Art und Weise, wie wir uns selbst und die Welt betrachten sowie unseren Handlungsspielraum, den wir persönlich und gesellschaftlich haben. Wir haben verinnerlicht, ob wir von Rassismus profitieren oder diskriminiert werden und das hat auch Auswirkungen auf unser Verhalten. Gelegentliche Diskriminierungserfahrungen von Weißen heben weder ihre privilegierte soziale Positionierung noch ihre erlernten Verhaltensweisen auf.
- Rassismuserfahrungen zu machen bedeutet, (potentiell) auf zwischenmenschlicher (z.B. in Begegnungen), gesellschaftlicher (z.B. in Medien) und institutioneller Ebene (z.B. im Bildungssystem) rassistisch diskriminiert zu werden. Die verschiedenen Ebenen beeinflussen sich gegenseitig und müssen gemeinsam betrachtet werden.
- Weiße können zwar situativ diskriminiert werden, befinden sich aber sowohl in Deutschland als auch global gesehen trotzdem in einer gesellschaftlichen Machtposition.
- Weiße können sich in der Regel aussuchen, wann sie sich an einen Ort begeben, an dem sie nicht die Definitionsmacht besitzen und wann sie ihn wieder verlassen. Sie sind nicht gezwungen, sich in Strukturen zu begeben oder Medien zu konsumieren, in denen Weiße diskriminiert werden.
- Auf der Position zu beharren, dass Weiße Rassismuserfahrungen machen, bedeutet eine Relativierung und Verharmlosung von Rassismuserfahrungen von PoC.
- Das Reden über eigene Diskriminierungserfahrungen kann eine Strategie von Weißen sein, von ihren Privilegien abzulenken und die eigene privilegierte Position als „normal“ darzustellen.

„Warum Weiße nicht Opfer von Rassismus sein können“, <https://weranderneinenbrunnengraebt.wordpress.com/2012/09/15/warum-weise-nicht-opfer-von-rassismus-sein-konnen/>

Ein Verständnis von Rassismus als individueller Haltung oder bewusster politischer Überzeugung wie es in Deutschland vorherrscht, blendet strukturellen Rassismus und Alltagsrassismus aus. Diese Ausblendung lädt vor allem Weiße dazu ein, Rassismus nicht als Teil der eigenen Sozialisation, des eigenen Weltbildes, aber auch der eigenen Handlungsverantwortung zu begreifen, sondern als Problem anderer.

Ein beispielhafter Abwehrmechanismus wird blaming the victim („Opferschelte“) genannt. Rassismus wird dabei individualisiert und zu einem Problem von Nicht-Weißen gemacht. Bei rassistischen Übergriffen werden in den bundesdeutschen Medien immer wieder Gründe gesucht, warum es dazu kam. Dabei wird das Verhalten der Schwarzen Menschen oder PoC*, die rassistisch behandelt oder attackiert werden, oft als Auslöser der Situation konstruiert. Nicht die Weißen Täter_innen stehen im Blickfeld, sondern es wird behauptet, dass Schwarze und PoC selbst schuld seien.

Ein weiterer Abwehrmechanismus Weißer Menschen ist, die Thematisierung von Rassismus selbst in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen und diese gleichzeitig als übertrieben, überempfindlich, emotional, subjektiv, also illegitim zu kennzeichnen, anstatt sich mit der konkreten Kritik auseinanderzusetzen und Rassismusvorwürfe ernst zu nehmen..

Folgende Reaktionen treten häufig auf, wenn Menschen auf rassistische Sprach- und Wahrnehmungsmuster angesprochen werden, insbesondere wenn Weiße auf ihre Weißen Privilegien hingewiesen werden.

„Das habe ich doch nicht so (rassistisch) gemeint.“

„Ich verstehe nicht, was du meinst.“

„Das finde ich jetzt aber sehr emotional und subjektiv.“

„Das geht mich nichts an. Was hat das denn mit mir zu tun?“

„Ich bin aber nicht rassistisch.“

In einer strukturell rassistischen Gesellschaft müssen sich Privilegierte aber fragen, warum sie und wie sie rassistisch agieren, nicht ob sie rassistisch „sind“. Abwehrmechanismen dagegen selbstkritisch als solche zu erkennen, ist Voraussetzung, um Verantwortung für das eigene Handeln zu übernehmen.

Die o.g. Beispiele sind der Website des Projekts „Unterm Teppich? Rassistische Konzepte, koloniale Fantasien am Beispiel eines Berliner Straßennamens“ entnommen: www.m-strasse.de
„Abwehrmechanismen“, <https://weranderneinenbrunnengraebt.wordpress.com/2012/09/15/abwehrmechanismen/>

*PoC: Person of Color, Selbstbezeichnung Schwarzer Menschen, <http://isdonline.de/uber-schwarze-menschen-in-deutschland-berichten/>

— —

»Die wenigen Europäer, die anfangs in die Nähe des Kikuyu-Landes kamen, waren recht harmlos [...]. Auf ihren Reisen [...] trieben sie Handel mit den Kikuyu und vermieden tunlichst jeden Konflikt. [...] Als die ersten Europäer ins Land der Kikuyu kamen, hielten die Kikuyu sie für Heimatlose, [...] die ihre Heimat hatten verlassen müssen und einsam und ohne Freunde daherkamen. Die Kikuyu, die von Natur aus gastfreundlich und großzügig sind, hießen die Heimatlosen willkommen und fühlten Mitleid mit ihnen. So erlaubten sie den Europäern, ihrer Zelte aufzuschlagen, und gewährten ihnen befristetes Aufenthaltsrecht in ihrem Land [...]. Man behandelte die Europäer so, weil man glaubte, dass sie eines Tages des Herumziehens müde sein und wieder in ihr Heimatland zurückkehren würden. [...] ... ohne zu ahnen, was die Karawanen sonst noch im Schilde führten, außer Handel treiben. Zu ihrem Unglück begriffen [die Kikuyu] nicht, dass man die Niederlassungen errichtete, um auf diesem Wege Vorbereitungen zur Wegnahme des gesamten Landes zu treffen. Man pflegte freundliche Beziehungen zu den Europäern, versorgte sie mit Nahrung und Futter für die Tiere und zweifelte nicht daran, dass die weißen Reisenden ihr eigenes Land hatten und sich deshalb nicht wirklich in der Fremde niederlassen wollten, dass sie bald Heimweh fühlen würden, und wenn sie erst ihre Waren verkauft hätten, wieder auf ihre Höfe zurückkehren würden, um dort mit ihren Freunden und Verwandten zu leben.«

Jomo Kenyatta, erster Ministerpräsident Kenia

»In Berlin hat man sich im Jahre 1885 unseren Kontinent aufgeteilt.
Ohne jemand zu fragen, hatte man sich
unseres Elends angenommen.
Man kam, um uns aus unserem Jahrhunderte langen
Elend herauszuziehen
Man kam, uns zu erziehen
Man kam, uns zu zivilisieren
Dieser Vertrag von Berlin hat mich lange gekränkt.
Jedes Mal, wenn ich auf dieses Datum stieß, empfand
ich dieselbe Verachtung.
Das Schlimmste aber war, dass man mich dieses Datum lehrte.
Ich musste es auswendig lernen.
[...]
Eine ganze Unterrichtsstunde lang nannte man uns die
Namen der Vertragspartner von Berlin
Ihre außergewöhnlichen Fähigkeiten
Ihr diplomatisches Geschick
Die Beweggründe, die hinter einem jeden standen.
Vor unseren unbeweglichen Gesichtern breitete man die Folgen aus:
Die Befriedung Afrikas
Die Wohltaten der Zivilisation in Afrika
Den Mut der Forscher
Den selbstlosen Humanismus
Aber niemand
Absolut niemand wies hin auf die Beleidigung
Auf die Schmach, die uns überall begleitete.«

Michel Kayoya, Dichter und Priester aus Burundi

—

Auf einer Dienstreise in Indien besucht Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einen „Slum“

Auch ein eigenes Kinderradio gibt es in der Schule. Als Müller gerade gehen will verlangt die BBC noch ein Interview: die Butterflies Broadcasting Company. Warum, wollen die vier Interviewer wissen, geht es Deutschland so viel besser als Indien? Dass sei auch eine Frage der Zeit, sagt Müller. „Ich kannte meinen Großvater noch,“ sagt Müller ins BBC-Mikrofon, „zu seinen Zeiten war die Lage in Deutschland ähnlich.“ Die Kinder haken nach: Und wie haben Sie das dann geschafft? Mit Fleiß, Ehrlichkeit und Glück, sagt der Mann aus Deutschland. Und: „Wir wollten es auch schaffen.“

Zitat aus Süddeutscher Zeitung, 7. April 2017:

Entwicklungshilfe schadet Menschen?

„Ja, sehr oft. Zu sagen, die Moral verlange nach Entwicklungshilfe, ist albern. Wenn Geld von aussen in korrupte Regierungen fließt, schafft dies Diktaturen wie jene von Robert Mugabe oder Paul Kagame, die ohne solche Hilfe nicht existieren würden. Wenn diese Führer dann ihr Land plündern oder ihre Kritiker umbringen, tragen wir dafür eine Mitverantwortung. Zu sagen, man müsse doch irgendetwas tun, ist ein Argument, das ich wirklich hasse. Wer so argumentiert, tut dies für sich selbst, nicht für die Armen. Das ist nichts anderes als Kolonialismus. In kolonialistischen Zeiten beuteten die europäischen Mächte Afrika auch für ihren eigenen Gewinn aus, wobei sie scheinheilig vorgaben, Religion und Erlösung zu den armen Nichtgläubigen zu bringen. Heute geschieht dasselbe: Wir sorgen dafür, dass wir uns besser fühlen, argumentieren scheinheilig und schaden den Menschen, denen wir angeblich helfen. Ich sehe da keinen Unterschied.“

Angus Deaton, Wirtschaftsnobelpreisträger, Interview Neue Züricher Zeitung, <https://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/angus-deaton-im-interview-das-ist-nichts-anderes-als-kolonialismus-ld.89298>

Ihren Forschungsfokus legten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf französische und britische Kolonien in Afrika. Bereits in den 1920er und 30er Jahren begannen die beiden größten Kolonialmächte in Afrika, Frankreich und Großbritannien, Kolonialismus über Entwicklung zu legitimieren. Es wurde verstärkt in die Wirtschaft und Infrastruktur der Kolonien investiert. „Schon damals setzte sich der Entwicklungsbegriff sowohl in der kolonialen Bürokratie wie auch in einer breiteren Öffentlichkeit durch“, erklärt Martina Kopf vom Projektteam. Die Afrikawissenschaftlerin hat gemeinsam mit Walter Schicho, dem Historiker und Entwicklungsforscher Gerald Hödl und zwei Diplomstudierenden insgesamt rund 40 Wochen in Archiven und Bibliotheken sowohl in England und Frankreich als auch in Tansania und Senegal verbracht. Dabei haben sie eine Fülle an Daten aus offiziellen Dokumenten, aus Berichten, aber auch aus Erzählungen von Beamten, Lehrern und Missionaren – Frauen wie Männern – erhoben. [...]

„Wir fanden in Berichten von Kolonialbeamten der Zwischenkriegszeit Zeugnisse eines Engagements, das auf ähnliche Weise die heutige Entwicklungszusammenarbeit prägt. Da ging es, mit heutigen Begriffen gesprochen, um fairen Handel, nachhaltige Entwicklung oder Hilfe zur Selbsthilfe“, so Kopf. [...]

Entwicklung wurde, ähnlich wie heute, mit wirtschaftlichem Nutzen der Metropolen London und Paris mit einem von Europa aus geplanten und gesteuerten Fortschritt der Kolonisierten verbunden. Beide kolonialen Mächte, Frankreich und Großbritannien, verfolgten sehr ähnliche Strategien. Im Vordergrund standen für sie die Nutzung der Ressourcen, die Disziplinierung der Bevölkerung, ihre teilweise Modernisierung beziehungsweise Europäisierung und die Bildung einer lokalen Elite.

FWF-Projekt, Universität Wien, <https://scilog.fwf.ac.at/kultur-gesellschaft/2934/koloniale-wurzeln-moderner-entwicklungspolitik>

Entwicklungshelfer_in zu werden ist ein weit verbreiteter Berufswunsch unter Jugendlichen. In Deutschland gibt es beispielsweise seit 2008 den entwicklungspolitischen Freiwilligendienst weltweit mit dem bereits mehrere Tausend Freiwillige in sogenannte Entwicklungsländer entsendet wurden. Hinzu kommen andere Programme und immer weitreichendere Ausbildungsmöglichkeiten. Die Motivation hängt oftmals damit zusammen, dass ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ (EZ) unhinterfragt mit Gutem, mit karitativen Projekten, Bekämpfung von Ungerechtigkeit, Barmherzigkeit und Hilfe verbunden wird. Schließlich wollen wir doch alle, dass die armen Länder von unserer technologischen ‚Entwicklung‘ und unserem Wissen profitieren! Irgendwann sollen alle so leben können wie wir! Oder etwa nicht?

Ist es nicht auch bevormundend davon auszugehen, dass ‚wir‘ wissen, wer sich wie zu ‚entwickeln‘ hat? Können ‚wir‘ nicht auch vom globalen Süden lernen? Ist sogenannte Entwicklungshilfe nicht auch ein massiver Eingriff in eine andere Gesellschaft? Ist gut Gemeintes immer gut? Bei unserer Auseinandersetzung mit ‚EZ‘ gehen wir insbesondere darauf ein, dass diese eng mit dem europäischen Kolonialismus verwoben ist. Seit Jahrzehnten ist genau dies auch Gegenstand von politischem Aktivismus und zahlreichen wissenschaftlichen Forschungen in Süd und Nord: ‚EZ‘ wird dabei als Mittel zur Ausübung von Herrschaft betrachtet, die dazu dient die westliche Vormachtstellung ökonomisch, politisch und kulturell aufrechtzuerhalten und Gesellschaften nach dem eigenen Bild zu formen. Rassismus als zentrale Grundlage und Legitimation von Kolonialismus, spielt dabei implizit immer noch eine wichtige Rolle für die Argumentation wer von wem warum ‚entwickelt‘ werden sollte. Neben der Bedeutung von Rassismus auf der ideologischen Ebene sind Machtverhältnisse zu Gunsten von Weißen in Arbeitsstrukturen, Projektarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Spendenwerbung und Bildungsarbeit von Bedeutung.

Postkoloniale Perspektiven auf Entwicklungszusammenarbeit, <http://www.glokal.org/was/postkoloniale-perspektiven-auf-ez/>

Schwule und lesbische Gruppen aus ganz Afrika haben in einer gemeinsamen Erklärung die Einschränkung der westlichen Entwicklungshilfe für homophobe Länder kritisiert. Mehr als 50 Organisationen und viele Einzelpersonen haben Geberländer davor gewarnt, dass eine Kürzung der Hilfen negative Auswirkungen auf sexuelle Minderheiten haben könnte. So verschlechtere das die Arbeitsbedingungen von lokalen Bürgerrechtsorganisationen und könne zu einer "Gegenreaktion" gegen Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transpersonen führen. Die Erklärung ist eine Reaktion auf die Ankündigung Großbritanniens, Entwicklungshilfe für homophobe Staaten zu kürzen. Ein Sprecher des britischen Entwicklungsministeriums hatte Anfang Oktober angekündigt, "Strafgelder" gegen Länder zu verhängen, die schwul-lesbische Bürgerrechte missachteten. London hatte deswegen bereits die Entwicklungshilfe für Malawi gekürzt. Auch Deutschland hat Gelder an den südostafrikanischen Staat eingefroren. Die afrikanischen Homo-Gruppen kritisieren, dass diese Kürzungen mehr schadeten als nutzten: "Wie wir in Malawi gesehen haben, verschlimmert sich die Intoleranz und die politische Führung macht LGBTI-Menschen zum Sündenbock für die Mittelkürzungen". Außerdem wären von den Kürzungen besonders Bereiche wie Bildung und Gesundheitsvorsorge betroffen, was zu einer weiteren Verschlechterung der Situation für sexuelle Minderheiten führe.

31. Oktober 2011, http://www.queer.de/detail.php?article_id=15276